

51 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t  
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. März 1968,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die  
Ersatzleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenz-  
urlaubes aus Anlaß der Mutterschaft neuerlich abgeändert wird  
(3. Ersatzleistungsgesetznovelle)

Durch den dem Ausschuß zur Vorberatung vorliegenden  
Gesetzesbeschluß des Nationalrates wird das Ausmaß der Ersatz-  
leistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenzurlaubes  
aus Anlaß der Mutterschaft neu festgesetzt.

Der Finanzausschuß hat den gegenständlichen Gesetzesbe-  
schluß des Nationalrates in seiner Sitzung vom 19. März 1968  
einer Vorberatung unterzogen und einstimmig beschlossen, gegen den  
Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt somit der Finanzaus-  
schuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. März 1968,  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Er-  
satzleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenz -  
urlaubes aus Anlaß der Mutterschaft neuerlich abgeändert wird  
(3. Ersatzleistungsgesetznovelle), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 19. März 1968

Hella H a n z l i k  
Berichterstatte

P o r g e s  
Obmann